

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschreib: Tagblatt Riesa.
General Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Groschoffe Riesa Nr. 52.

Nr. 87.

Mittwoch, 15. April 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigebogens sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. mm breite, 4. mm hohe Grundzeile 6 Silben 25 Gold-Pfennige; die 8. mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Hemmung der Abgabe möglich, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Räumung gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Döcker & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Reichsregierung und der Wahlkampf.

Von unserem Berliner Vertreter.

In den Kreisen des Reichskabinetts bewahrt man nach wie vor die strengste Zurückhaltung gegenüber den von den politischen Parteien bei der Reichspräsidentenwahl aufgeworfenen politischen Streitfragen. Aus sehr gewichtigen Gründen nannte der Reichskanzler gewünscht, daß es nicht zu einem ausgesprochenen Kampf zwischen rechts und links kommen würde, und daß man den Weg einer Einheitskandidatur beschritten hätte, der die Parteien von rechts bis zum Zentrum und den Demokraten hinter einem gemeinsamen Kandidaten vereinigt hätte. Je mehr sich bei der Reichspräsidentenwahl auseinandertreibende Kräfte geltend machen, desto schwieriger wird auch die Position des Reichskabinetts. Daher ist für die Erledigung seiner politischen Aufgaben eine möglichst breite parlamentarische Basis braucht.

Es ist außerordentlich bemerkenswert, mit welcher wachsenden Beunruhigung die Mitglieder der Reichsregierung den innenpolitischen Wirkungen des gegenwärtigen Wahlkampfes entgegensehen. Alle wichtigen Regierungsträger müssen zurückgestellt werden, weil man nicht weiß, ob durch den Ausgang der Reichspräsidentenwahl nicht eine parlamentarische Situation geschaffen wird, die eine sofortige Umbildung des gegenwärtigen Reichskabinetts erforderlich macht. Solange der Reichstag nicht beisammen ist, kann das Reichskabinet nur in loser Führung mit den Parteiführern stehen, die aber jetzt ausschließlich mit der Reichspräsidentenwahl beschäftigt sind und in ihrer Mehrzahl nicht in der Reichshauptstadt weilen. Dieser Zustand der Unsicherheit für die Reichsregierung wird bis zum 26. April andauern müssen, zumal auch bis dahin in außenpolitischer Hinsicht keine neuen Entscheidungen zu erwarten sind. Außenminister Dr. Stresemann hat sich sogar veranlaßt gesehen, die jetzt eingetretene Verhandlungspause dazu zu benutzen, wegen der Volksfrage einen neuen Schritt vorzubereiten, der alsbald nach der Reichspräsidentenwahl deutscherseits erfolgen soll. Der Minister ist der festen Überzeugung, daß man spätestens Mitte Mai vor die letzten Entscheidungen gestellt sein wird, denn das gegenwärtige Stadium des Abwartens kann lediglich auf die Reichspräsidentenwahl in Deutschland sowohl als auch auf die französische Regierungstrübe zurückgeführt werden. Andere Momente können unmöglich zu der Ausfertigung der Unterhandlungen beigetragen haben.

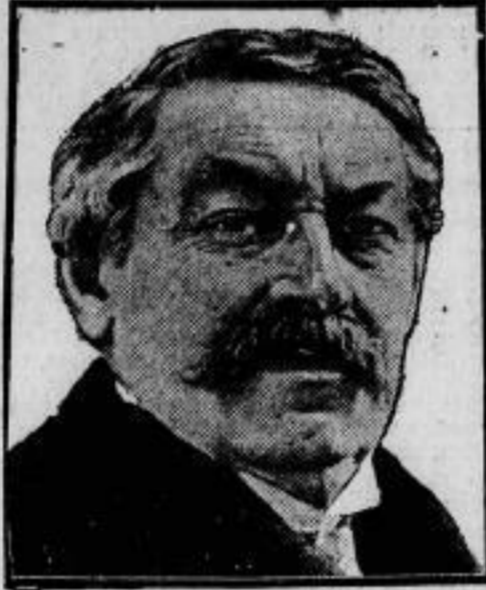
Nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages wird es voraussichtlich zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Opposition kommen. Die Ablehnung des deutsch-spanischen Handelsvertrages im handelspolitischen Ausschuss und der Streit um die Aufwertungsfrage beherrschen noch immer die parlamentarische Situation, die mit zahlreichen Konfliktstoffen geladen ist. Neu hinzu treten noch die verhängnisvollen Momente, die sich aus der Reichspräsidentenwahl ergeben werden. Daß unter solchen Umständen die Reichsregierung sich ernsthaft dafür interessiert, im Wahlkampf um die Reichspräsidentenwahl Stellung zu nehmen, erscheint daher sehr begründet. Sie wird auf jeden Fall vor erste Tatsachen gestellt sein, denn wenn Hindenburg gewählt wird, scheidet voraussichtlich das Zentrum aus der Regierung aus, während im Falle eines Wahlsieges von Marx die Deutschnationalen kaum bereit sein würden, im Reichskabinet zu verbleiben. Die Umbildung des Kabinetts ist daher die erste Frage, die aller Voraussicht nach durch den Ausgang der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl ins Rollen gebracht werden wird.

Hindenburg und die Kriegsschuldfrage.

Der Aufklärungsanspruch betreffend die Kriegsschuldfrage, ausgeht bei Dresden, Hermannstraße 3, veröffentlicht einen Aufruf an alle Deutschen ohne Unterschied der Partei, in dem er zunächst darauf hinweist, daß sich in der Person des Reichspräsidenten eine Fülle von Macht verbirgt und daß bei ihm die Entscheidung liegt, ob das deutsche Volk die schweren Folgen der Kriegsschuldfrage, der die innere Zersetzung und die Revolution, das Schmachvolle und vernichtende Versailles Diktat bis zum Dawes-Plan folgten, bis zum gänzlichen Untergang weiter durchstehen soll oder nicht. Dann fährt der Aufruf u. a. fort:

Einem Manne aber wie Dr. Marx, der als Reichskanzler nicht die Kraft besaß, unseren Feinden gegenüber seine einmal ausgesprochene Meinung über die Kriegsschuld Deutschlands am Weltkrieg zu behaupten, der in höchsten Worten in seinen sehr gegebenen Richtlinien auf die Wahrung und Pflege der christlichen deutschen Kultur hinweist, sich gleichzeitig aber zum Sklaven der Gottesleugner der Sozialdemokratie ausliefern, einem solchen Manne kann das deutsche Volk niemals sein Vertrauen schenken!

Deutsche Männer und Frauen! Freut Euch und seid stolz darauf, daß unser Generalfeldmarschall in seinem Weisheitsalter auch in dieser schweren Zeit uns vorangehen will. Er gibt uns die Gewähr, daß das deutsche Volk wieder zur Ehre vor der christlichen Welt, zum Nationalstolz, zur Achtung vor Staat und Gesetz, zu Ehre und Selbstgefühl, zur Ordnung, zur Redlichkeit und Unbestechlichkeit, im Staats- und Privatleben aufzuerstehen. Sein Verdienst, seine Weisheit und Erfahrung geben uns das Vertrauen, daß er an der Spitze des wiedergeborenen Volkes das selbe von der Schmach der Kriegsschuldfrage befreit und gegen das Versailles Diktat erfolgreich ankämpfen und dem deutschen Volke vor sich selbst und dem Auslande die Achtung zurückgewinnen wird.



Aristide Briand.

Bemühungen um die Kabinettsbildung in Frankreich.

Briand lehnt die Regierungsbildung ab.

Paris. Als Briand gestern abend kurz nach 7.30 Uhr das Châteaufort verließ, erklärte er Journalisten, er habe dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß er zu seinem vollen Bedauern angesichts der politischen Umstände und der Weigerung der Sozialisten, an einer von ihm gebildeten Regierung teilzunehmen, nicht in der Lage sei, ein Kabinet zu bilden.

Die französischen Sozialisten gegen eine Regierungsbeteiligung.

Paris. Der sozialistische Parteitag trat gestern nachmittags 2.30 Uhr zusammen. Leon Blum berichtete über den Vorschlag Briands, an der Kabinettsbildung teilzunehmen und beantragte die Ablehnung des Vorschlages. Der Konvent sprach sich einstimmig gegen die sozialdemokratische Beteiligung an der Regierungsbildung aus.

Pauline's Bemühungen.

Paris. (Funkspruch vorm. 10 Uhr.) Kammerpräsident Pauline hat nach gestern abend zuerst mit dem Senator Maurice Sarrant verhandelt, der nach Beendigung der Unterredung erklärte, er habe Briand sehr lebhaft gebeten, er möge das Kabinet bilden. Er habe ihm nicht verheimlicht, daß er gewisse Widerstände finden könne, aber er sei doch der Ansicht, daß er besonders geeignet sei, in diesem Augenblick ein Ergebnis zu erzielen. Hieran verbandelte der Kammerpräsident mit Derriot, mit dem Senator René Renoult und mit dem Abgeordneten Benasert. Kurz nach Mitternacht verließ Derriot den Kammerpräsidenten und erklärte den Journalisten, er habe die bestimmte Hoffnung, daß Pauline's das Kabinet bilden werde.

„Echo de Paris“ glaubt berichten zu können, daß Pauline's in der Unterredung mit Senator René Renoult und Derriot den ersteren dazu zu bewegen suchte, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Pauline's stehe auf dem Standpunkt, daß angesichts der Ablehnung des Senats der Nachfolger Derriots ein Senator sein müsse, der der demokratischen Linken angehöre. Diese Bedingungen erlasse der ehemalige Justizminister und wenn er sich entschlüsse, werde Derriot in seinem Kabinet Minister des Aeußeren bleiben. Derriot habe Pauline's in seinen Bemühungen unterstützt. Senator René Renoult aber habe sich offenbar Bedenken ausgedrückt. Die Weiterentwicklung werde auch davon abhängen, wie sich die Sozialisten zu dieser Kombination verhalten. Pauline's werde heute vormittag mit Leon Blum verhandeln.

Bayerischer Wahlaufruf für Hindenburg.

München. Die Landesleitung Bayern des Reichsbundes erläßt einen Aufruf, in dem festgestellt wird, daß die Einigung der nationalen Deutschen erreicht sei. Der Name Hindenburg bedeute den wahren äußeren Frieden, den Frieden im Volk, die Durchdringung des deutschen Lebens mit echtem, christlichem Geist, die Ablehnung von Klassenkampf, von unchristlichem Wesen, von nationaler Schwäche. Am Schluß des Aufrufes heißt es:

Laßt uns beiraten für alle Zeiten die Schmach des Jahres 1918. Stellt an die Spitze des Deutschen Reiches den Mann, der heute noch in seiner Tatkraft das deutsche Volk führen und retten will, wie er es in schwerer Zeit geführt und gerettet hat. Wählt geschlossen in geeinigtem nationalen Willen am 30. April Generalfeldmarschall v. Hindenburg, den Deutschen der Deutschen. Bedenkt, was auch der große Führer opfert. Die Welt soll sagen: Sein höchstes Amt gab Deutschland dem Größten seiner Söhne.

Der Aufruf ist vom Reichsbund und 43 Parteien, Verbänden und Organisationen in Bayern unterzeichnet. An der Spitze stehen die Bayerische Volkspartei, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und Nationalistische Landespartei in Bayern und die Deutsche Volkspartei in der Pfalz.

Programmrede Dr. Marx's.

Königsberg. Der Kandidat des Volksblocks für den entscheidenden zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl Reichskanzler a. D. Dr. Marx hielt gestern in Königsberg seine erste Wahlrede, der programmatische Bedeutung zukommt.

Dr. Marx sagte unter anderem: Aus vollster Ueberzeugung habe ich immer betont, daß bei Deutschlands ungünstiger geographischer Lage und im besonderen nach dem Verluste des Krieges gegen eine Welt von Feinden, die Außenpolitik in allen unseren politischen Erwägungen und Entschliessungen den Vorrang haben muß. Unsere politische Lage ist unerkennbar immer noch davon, daß unser politisches Vorgehen in allererster Linie von der Außenpolitik bestimmt wird. Wir sind in sehr wichtigen Beziehungen von der Einstellung ausländischer Mächte abhängig, eine Abhängigkeit, die durch den Verlust des Krieges stark vergrößert und zum Teil erst verursacht worden ist.

Wir sind ein entwaffnetes Volk und können leicht zum Spielball fremder Mächte werden, wenn im Auslande wieder einmal imperialistischer Eroberungsdrang und rohe Gewalt vernünftige Ueberlegung und wirtschaftliche Notwendigkeiten verdrängen sollten. Wir werden aber bei aller, durch unser ureigenstes Interesse gebotenen Rücksicht auf das Ausland unsere nationale Ehre und Würde wahren. Das sind wir dem deutschen Volke, seiner großen Vergangenheit und seiner weltgeschichtlichen Bedeutung schuldig. Unsere nationale Ehre verlangt aber nicht, daß wir eine Macht vortäuschen, die wir nicht besitzen. Rächerlich, mit Waffen zu rufen, die wir nicht haben. Unserer deutschen Ehre sind wir nicht große und hohle Worte schuldig, sondern ruhige Taten, die unser Land und Volk wieder vor- und aufwärts bringen.

Marx geht dann näher auf die Befahrung unserer Wirtschaftslage ein und bezeichnet es als die ehrlichste Pflicht aller, die Einfluß auf die Politik und das öffentliche Leben haben, alles zu vermeiden, was die Festigkeit unserer Währung und das ruhige Fortschreiten unserer Wirtschaft zu stören in der Lage wäre.

Wir sind, so sagte er weiter, durch den verlorenen Krieg ein schwaches und ständig umdrohtes Volk geworden und darum müssen wir mit peinlichster Sorgfalt alles vermeiden, was dem wachsamem Ausland Anlaß geben kann, zu glauben, daß wir nicht mehr eine Politik der Verständigung, sondern der Revanche führen wollen.

Der Redner führte dann weiter aus: Der Reichspräsident ist dem Auslande gegenüber der Vertreter des deutschen Volkes und darum muß das Ausland in ihm eine Gewähr für die Fortführung der Verständigungspolitik erblicken können.

Marx geht dann auf die Probleme der Innenpolitik ein. Die sicherste Gewähr für eine ruhige und gesunde Fortentwicklung im Innern sieht er in einer gesicherten Verfassung als Grundlage staatlicher Ordnung. Niemand werde die Weimarer Verfassung als so vollkommen betrachten, daß sie nicht in einzelnen Punkten verbesserungsbedürftig erschiene. Aber an diese Verbesserungsarbeiten wollen wir erst herangehen, wenn wir unser Haus gesichert haben und unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse mehr geklärt und beruhigt sind. Die Errungenschaften der Demokratie wird sich das deutsche Volk nicht mehr nehmen lassen. Jeder Beeinträchtigung der erworbenen Rechte wird es entschiedenen Widerstand entgegenstellen. Diesen Willen wird es auch bei der Reichspräsidentenwahl bekunden, weil es weiß, daß der Reichspräsident dazu berufen ist, die Verfassung zu wahren und zu schützen.

Dr. Marx kommt dann auf die soziale Gesetzgebung zu sprechen und bezeichnet es als Pflicht, auch in Zukunft bahnbrechend und vorbildlich auf diesem Gebiete vorzugehen. Steuer- und Finanzgesetze müßten von echt sozialer Seite getragen, das Maß der Leistungen der Tragfähigkeit des Einzelnen angemessen werden. In der Aufwertungsfrage sei es Pflicht des Staates, hier soweit als möglich ausgehend zu wirken und die entstandenen Schäden zu beseitigen. Er sage ausdrücklich immer als irgend möglich, das heißt, soweit es die finanzielle Lage des Staates irgendwie erlaube. Das Allgemeinwohl müsse seinen Vorrang unter allen Umständen behaupten. Der Einzelne müsse ihm seine Ansprüche an den Staat, so berechtigt sie auch sein mögen, unbedingt unterordnen.

Am Schluß seiner Rede betonte Marx die Notwendigkeit, unser Volk weit mehr als bisher zu echter und wahrer Staatsgesinnung und zur gemeinsamen Arbeit am Wohl des Vaterlandes zu erziehen.

Nach der Rede Marx's.

Königsberg. Die geistige Rede des Reichskanzlers a. D. Dr. Marx wurde von einem Teil der Zuhörerlichkeit mit lebhaftem Widerspruch aufgenommen, wobei ein Teil der Ausführungen unverständlich blieb. Nach der Verammlung kam es in den an dem Verammlungsort liegenden Straßen und Plätzen zu Kundgebungen gegen die mit schwarz-rot-goldenen Fahnen abrückenden Reichsbannergruppen. Umfangreiche Polizeiaufgebote verjagten die Menge zu zerstreuen und die Straßen und Plätze zu säubern. In ersteren Zwischenfällen ist es, soweit bisher Meldungen vorliegen, nicht gekommen.

Generalmobilmachung in der Türkei.

Berlin. Die Deutsche Tageszeitung meldet aus Angora: Die türkische Regierung hat die letzten vier Jahrestlassen einberufen und damit die Generalmobilmachung angekündigt.